

Wirtschaftspolitik



Michael Schlecht, MdB
Chefvolkswirt Bundestagsfraktion
www.michael-schlecht-mdb.de
August 2013

DIE LINKE.

Frankreich am Scheideweg

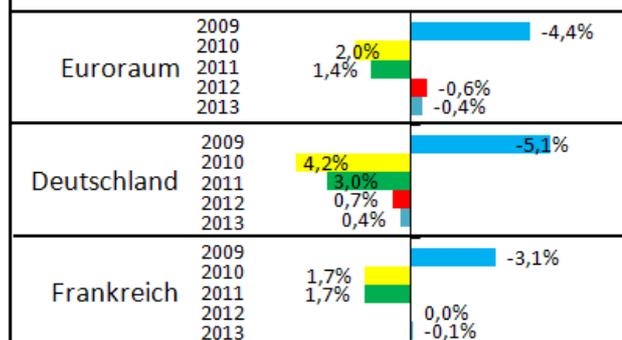
Kurz zusammengefasst

- *Frankreichs Handelsbilanz hat sich seit der Einführung des Euros immer weiter verschlechtert und die Arbeitslosigkeit ist auf Rekordniveau.*
- *Das liegt nicht an einer weniger produktiven Wirtschaft. Die Produktivität stieg in Frankreich und Deutschland zwischen 2000 und 2012 fast gleich an.*
- *Unterschiedliche Zunahme der Reallöhne: Sie stiegen in Frankreich moderat im Gleichklang mit den Produktivitäts- und Preissteigerungen. In Deutschland blieben sie durch die Agenda-2010 stark darunter.*
- *Das deutsche Lohndumping führt zu einer Verschlechterung der relativen Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs und ist maßgeblich für das gewachsene französische Handelsbilanzdefizit seit 2000 verantwortlich.*
- *Frankreich wird sich offiziell dem Diktat der Troika nie unterwerfen. Daher hat es nur zwei Möglichkeiten auf das Lohndumping Deutschlands zu reagieren: die „freiwillige“ Übernahme des deutschen Exportmodells in einer Agenda 2020, oder Deutschland in einem „Aufstand der Südländer“ zu einem Ende der exportorientierten Lohnzurückhaltung zu zwingen. In der politischen Praxis wird ein bisschen von beidem umgesetzt werden.*

Merkel hat den Euro-Krisenländern eine massive Austeritätspolitik diktiert, das heißt Kürzungen der Löhne, Renten und Sozialausgaben. Die Krisenländer unter dem Joch der Troika hat es am stärksten getroffen. In verschiedenen Vereinbarungen hat es die Bundeskanzlerin unbemerkt von einer großen Öffentlichkeit geschafft, den anderen Ländern in der EU Austeritätspolitik vorzuschreiben. Der Normalbürger würde bei Two-Pack, wenn überhaupt, eher an einen amerikanischen Hip-Hop-Musiker denken. Stattdessen verbergen sich hinter dieser und vielen anderen Bezeichnungen wie Six-Pack, Europlus- und Fiskalpakt,

Krise ohne Ende

Das zweite Jahr in Folge wird die Wirtschaft im Euroraum schrumpfen.



Quelle: AMECO, eigene Berechnungen

Verträge zur EU-weiten Vereinheitlichung der Kürzungspolitik à la Merkel.

Durch den Zwang zur Austerität befindet sich die Eurozone das zweite Jahr in der Rezession, Griechenland sogar das sechste Jahr in Folge. Zwar konnte der Chef der Europäischen Zentralbank, Draghi, mit seinem geldpolitischen Verbalradikalismus die Finanzmärkte beruhigen und damit den Euro vorerst retten. Doch die Situation in der Realwirtschaft wurde dadurch nicht verbessert. In Griechenland ist bereits ein Fünftel der Wirtschaftsleistung ausradiert worden und die Talfahrt geht dieses Jahr so gut wie ungebremst weiter. Zwei Drittel der griechischen Jugendlichen sind arbeitslos.

Inzwischen hat sich die Rezession nach Kern-europa durchgefressen. In Frankreich ist die Wirtschaftsleistung im letzten Quartal 2012 und im ersten Quartal 2013 um jeweils 0,2 Prozent geschrumpft. Das Land befindet sich damit offiziell in der Rezession.

Die Bundesregierung und die EU-Kommission versuchen nun auch Frankreich zu einer Agenda-Politik zu bewegen. Die Kommission fordert Frankreich direkt dazu auf, die Löhne zu kürzen. Das Argument ist altbekannt: Wer nicht mehr wettbewerbsfähig ist, soll den Gürtel enger schnallen. Der FDP-Fraktionsvorsitzende

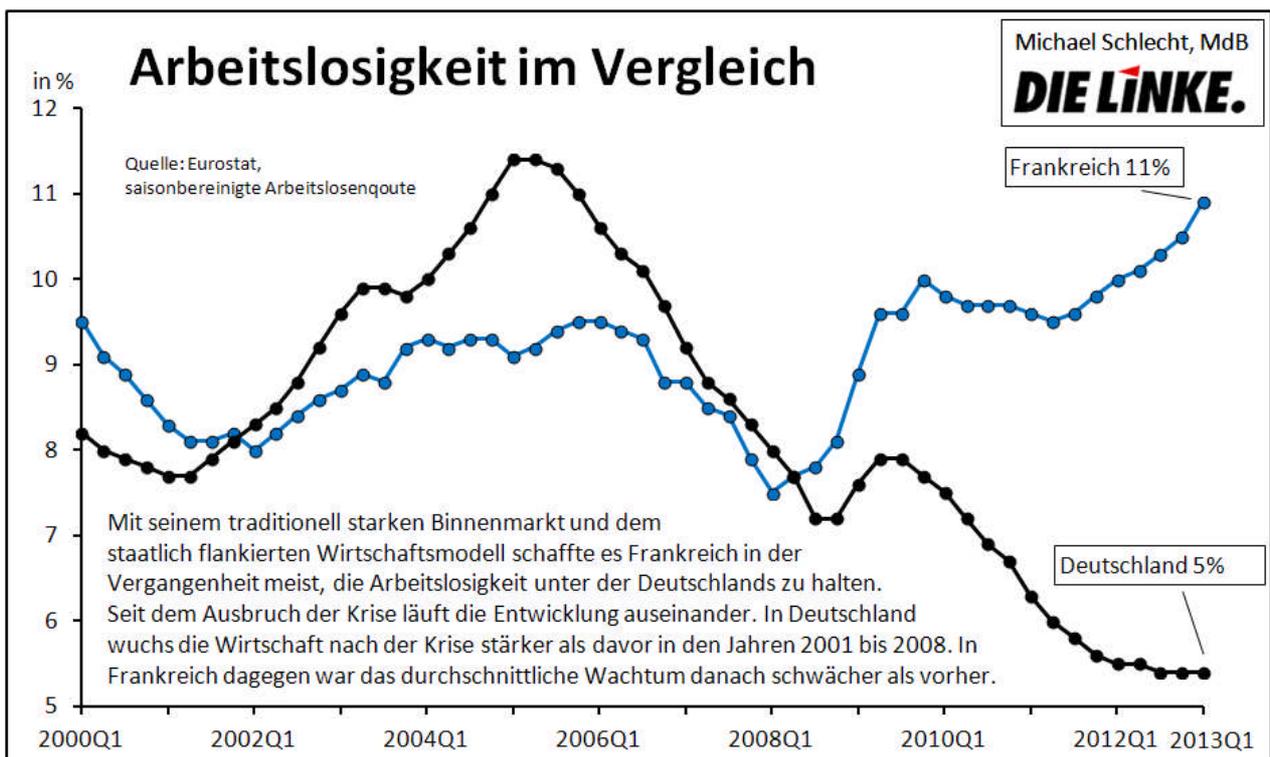
Reinhard Brüderle warf Frankreichs Präsident François Hollande sogar vor, sein Land heruntergewirtschaftet zu haben. Es würde sich nicht mehr auf einer Augenhöhe mit Deutschland befinden.

Frankreich braucht eine Agenda 2010 „mit Rentenkürzung, längerer Lebensarbeitszeit, Staatsquote runter.“

EU-Energiekommissar Günther Oettinger, 29.5.2013, Handelsblatt-Online

Frankreich und insbesondere die sozialistische Regierungspartei ist von solch herablassenden Äußerungen wenig amüsiert. In einem Positionspapier wirft die Partei von Präsident Hollande der Bundeskanzlerin eine mangelhafte europäische Überzeugung vor. Merkel würde aus „egoistischer Unnachgiebigkeit (..) nur an die Spareinlagen jenseits des Rheins, die von Berlin festgestellte Handelsbilanz und ihr Abschneiden bei den nächsten Wahlen denken“. Ein halbes Jahrhundert nach der Besiegelung der deutsch-französischen Freundschaft durch Unterzeichnung des Elysée-Vertrags, hängt der Hausseggen schief.

Deutschland und Frankreich bringen zusammen genommen die Hälfte der gesamten Wirtschaftsleistung der Eurozone auf die Waage.



Der „deutsch-französische Motor“ war lange maßgeblich für die politischen Entscheidungen in Europa. Durch die deutsch-französischen Streitigkeiten ist dieser Motor ins Stottern geraten. Was ist dran an den deutschen Vorwürfen? Braucht Frankreich als Hinterbänkler Nachhilfe aus Deutschland? Oder ist die Grande Nation ein europäischer Musterschüler und Deutschland der Störenfried der Eurozone?

Die aktuellen Probleme Frankreichs

Die Arbeitslosenzahlen in Frankreich befinden sich auf einem historischen Höchststand und sind 24 Monate in Folge angestiegen. Im Mai 2013 waren 3,3 Millionen Franzosen offiziell als arbeitslos registriert. Die Arbeitslosenrate liegt bei über elf Prozent. In einer Umfrage von Anfang März gaben 37 Prozent der befragten Franzosen an, dass sie Entlassungen in ihren Betrieben fürchteten. 75 Prozent hatten „wenig Vertrauen“ in die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung.

Bedenklich ist außerdem, dass in Frankreich eine rasante De-Industrialisierung abläuft. Bei der Einführung des Euros lag der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Wirtschaftsleistung mit knapp 18 Prozent bereits unter dem EU-Durchschnitt. Bis 2011 hat sich der industrielle Anteil an der Gesamtwirtschaft in Frankreich überdurchschnittlich stark reduziert und beträgt nur noch zwölfteinhalb Prozent. In der EU ist nur noch in Griechenland der industrielle Anteil so niedrig. In Deutschland

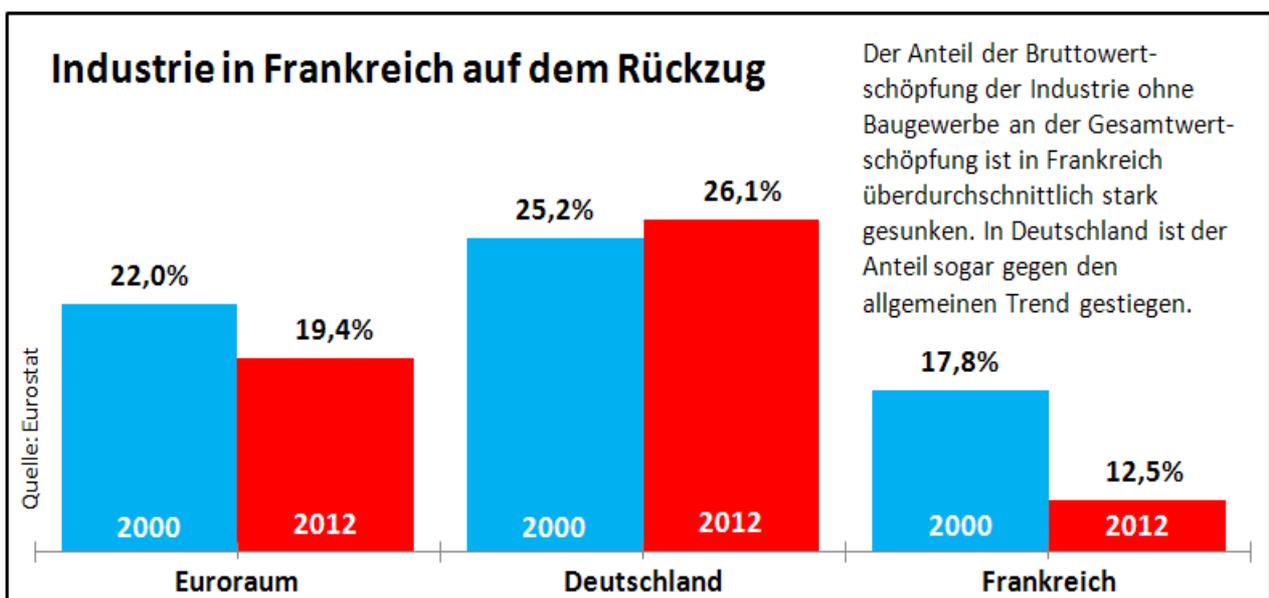
ist dagegen die Bedeutung des Industriesektors gewachsen und mit einem Anteil von gut 26 Prozent mehr als doppelt so hoch wie in Frankreich. Aber Deutschland scheint ein Sonderfall zu sein, denn es ist das einzige Land in der Eurozone, in dem der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Wirtschaftsleistung zugenommen hat.

„Die Wahrheit ist, dass Frankreich seine Wettbewerbsfähigkeit in den vergangenen 20 Jahren verloren hat.“

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, 16.5.2013, Handelsblatt

Für entwickelte Länder ist der industrielle Sektor wichtig, weil in ihm maßgeblich für den Export produziert wird. Mit den Exporterlösen können dann wiederum die Importe von Rohstoffen, Konsum-, Investitions- und Vorprodukten finanziert werden. Reichen die Exporte dafür nicht aus, dann entstehen Außenhandelsdefizite. Und diese müssen in der Regel mit Krediten aus dem Ausland finanziert werden. Ein Land, das sich in einer solchen Situation befindet, hat eine negative Leistungsbilanz.

Frankreich hatte zu Beginn der Währungsunion im Jahr 2001 noch einen deutlichen Leistungsbilanzüberschuss von gut 25 Milliarden Euro beziehungsweise knapp zwei Prozent der Wirtschaftsleistung. Die französische Leistungsbilanz verschlechterte sich in den nächsten Jahren kontinuierlich und drehte 2005 ins Minus.



onsergebnis je Arbeitsstunde, also die Arbeitsproduktivität, stieg in Deutschland zwischen 2000 und 2012 um 14 Prozent. In Frankreich war der Anstieg mit zwölf Prozent fast genauso hoch.

Die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität in Frankreich und Deutschland liefert damit keinen Hinweis darauf, dass die deutsche Produktionstechnik oder die Arbeitsorganisation sich deutlich effektiver als in Frankreich entwickelt hat. Insbesondere wenn dabei berücksichtigt wird, dass in Frankreich der in der Regel weniger produktive Dienstleistungssektor im betrachteten Zeitraum gesamtwirtschaftlich an Bedeutung gewonnen hat, wohingegen in Deutschland der Anteil des in der Regel produktiveren Industriesektors zunahm. Wenn aber die Entwicklung der Produktivität keine Erklärung dafür bietet, dass der industrielle Sektor in Frankreich im Vergleich zu Deutschland an Bedeutung verloren hat und die französische Handelsbilanz negativ wurde, dann muss es dafür andere Gründe geben.

Französische Löhne: maßlos oder vorbildlich?

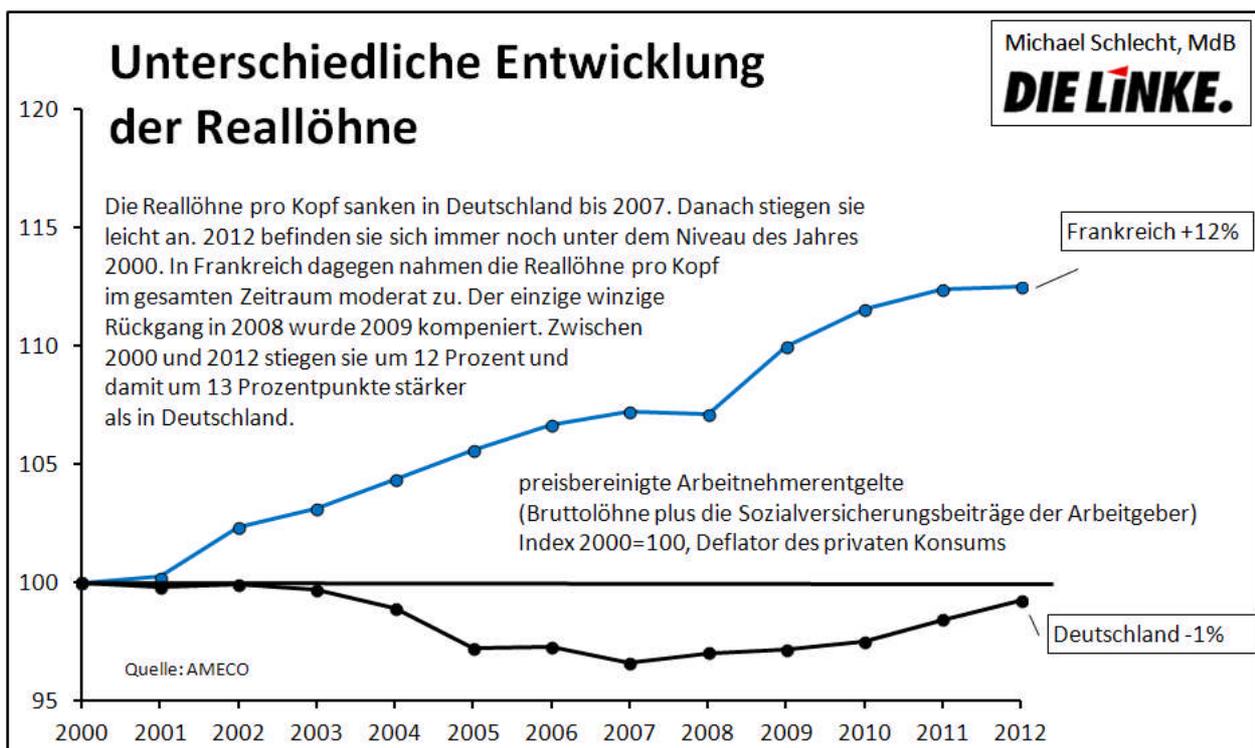
Für die Aufnahme oder Fortführung einer kommerziellen Produktion ist es entscheidend, zu welchem Preis die produzierte Ware anschließend angeboten werden kann. Allein die

Arbeitsproduktivität, also das Produktionsergebnis je geleisteter Arbeitsstunde, gibt darauf keine Antwort. Dazu muss zusätzlich der zu zahlende Lohn plus Lohnzusatzkosten je Arbeitsstunde berücksichtigt werden. Die französischen Beschäftigten bekamen nach Abzug der Preissteigerung im Jahr 2011 knapp 16 Prozent mehr pro Stunde als 2001. Das ist kein Wunder. Anstatt einer Lohndumpingagenda à la Schröder gibt es im Nachbarland einen allgemein garantierten gesetzlichen Mindestlohn von 9,50 Euro, der jährlich entsprechend der allgemeinen Lohnentwicklung angepasst wird.

Die Deutschen sind "ärmer als der Durchschnitt, sie leben nicht so lange wie die anderen, sie haben keine Kinder, und die Ausländer suchen das Weite, weil sie nicht länger mit ihnen leben wollen".

Linkspartei-Chef Jean Luc Mélenchon, Spiegel Online, 10.6.2013

In Deutschland dagegen war es für die Beschäftigten fast ein verlorenes Jahrzehnt. Ihr Entgelt pro Stunde stieg lediglich um zwei Prozent. Wird das jährliche Arbeitnehmerentgelt anstatt auf die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden auf die Anzahl der Beschäftigten verteilt, sank ihr Entgelt sogar um ein Prozent.



Verteilungsneutraler Spielraum bei Lohnerhöhungen

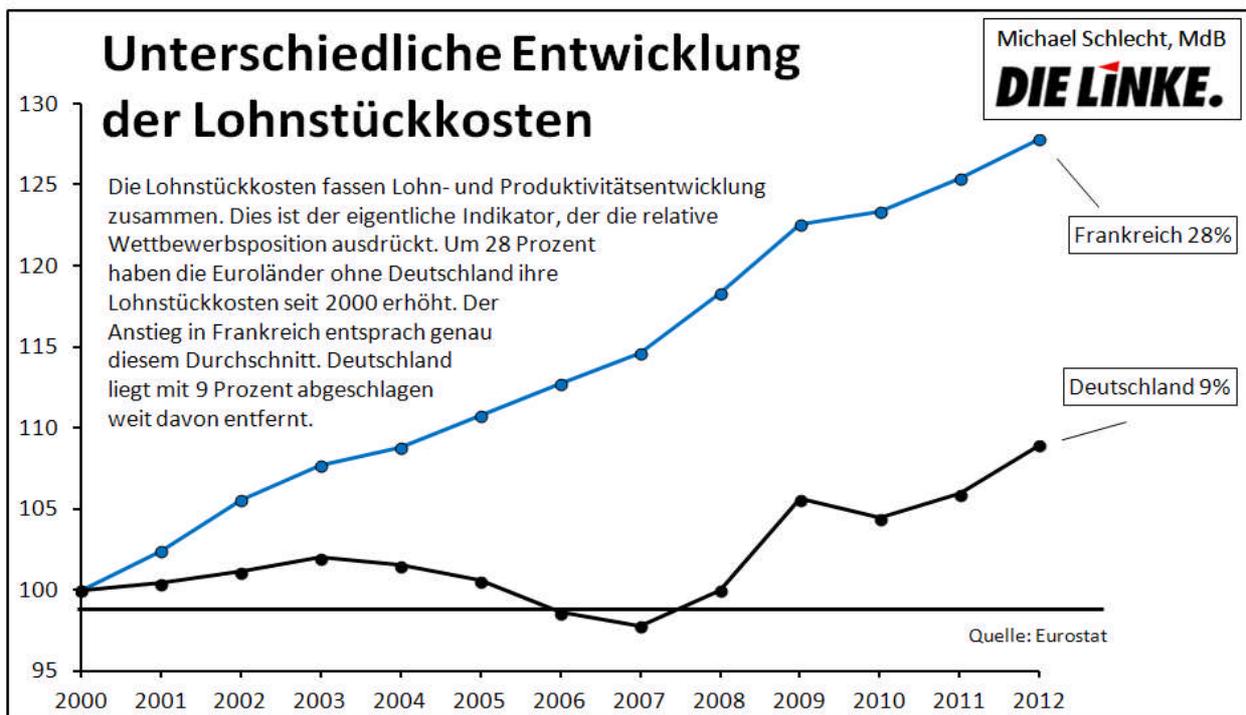
In der Buchhaltung einer Volkswirtschaft wird der geschaffene Produktionswert auf die Lohn- und Gewinneinkommensbezieher aufgeteilt. Eine Lohnerhöhung wird als verteilungsneutral bezeichnet, wenn dadurch der Anteil der Löhne am geschaffenen Produktionswert nicht zunimmt. Können zum Beispiel mit der gleichen Arbeitszeit mehr Güter- und Dienstleistungen hergestellt werden, dann steigt die Produktivität. Bleiben die Löhne gleich hoch, dann fließt der zusätzlich geschaffene Wert komplett in die Gewinneinkommen. Das gleiche gilt auch, wenn die Preise steigen. Der Produktionswert nimmt in diesem Fall ebenfalls zu. Bleiben die Löhne auch in diesem Fall gleich, dann fließt der zusätzlich geschaffene Wert wiederum komplett in die Gewinneinkommen. Um den Anteil der Lohn- und Gehaltsbezieher am Gesamtwert der hergestellten Güter und Dienstleistungen gleich zu lassen, müssten die Löhne wenigstens in der Höhe der Zunahme der Produktivität und der Preissteigerung wachsen. In diesem Fall wäre der verteilungsneutrale Spielraum genau ausgeschöpft.

Das liegt daran, dass in Deutschland die Anzahl der Beschäftigten zugenommen hat, während die Summe der geleisteten Arbeitsstunden fast gleich blieb. Dies ist auf eine Zunahme der Prekär- und Teilzeitbeschäftigung in Deutschland zurückzuführen.

In Frankreich dagegen stieg das durchschnittliche Entgelt je Beschäftigtem um zwölf Prozent. Haben die französischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich also zu viel in die Tasche gesteckt?

Nein, denn der Lohnanteil der französischen Beschäftigte am Gesamtwert aller hergestellten Güter und Dienstleistungen blieb seit der Einführung des Euros bis heute fast gleich. Das bedeutet, dass der sogenannte verteilungsneutrale Spielraum von den französischen Beschäftigten genau ausgeschöpft wurde. Das Verhältnis aus Lohn- und Gewinneinkommen blieb damit in Frankreich gleich. Im Ergebnis waren die französischen Lohnabschlüsse also nicht zu hoch, sondern maßvoll.

Da Preise und Produktivität in Deutschland sich seit der Euroeinführung sehr ähnlich wie in Frankreich entwickelten, hatten die deutschen Löhne fast den gleichen verteilungsneutralen Spielraum wie im Nachbarland. Der wurde in Deutschland aber nicht annähernd ausgeschöpft. Eine kurze Ausnahme ist das mit Son-



dereffekten verbundene Krisenjahr 2009. Insgesamt hätten die deutschen Löhne 2012 um rund 20 Prozentpunkte höher sein müssen, um den verteilungsneutralen Spielraum wie in Frankreich auszuschöpfen.

Durch die Lohnzurückhaltung rissen sich die deutschen Unternehmer einen immer größeren Anteil am volkswirtschaftlichen Kuchen unter den Nagel. Da die Gewinneinkommen überproportional von den Reichen bezogen werden, wird auch dadurch in Deutschland die Einkommens- und Vermögensverteilung immer ungleicher. Die Agenda-Politik von Schröder und die marktonforme Demokratie à la Merkel verkörpern das deutsche Modell eines verschärften Klassenkampfes, das durch die Erpressungspolitik der Troika in brutalster Art und Weise den Krisenländern aufgezwungen wird. In Griechenland wurden die Reallöhne in den letzten drei Jahren um 17 Prozent, in Portugal um acht und in Spanien um sieben Prozent nach unten gepeitscht. In Griechenland und Portugal liegen damit die Reallöhne inzwischen niedriger als zur Einführung des Euros!

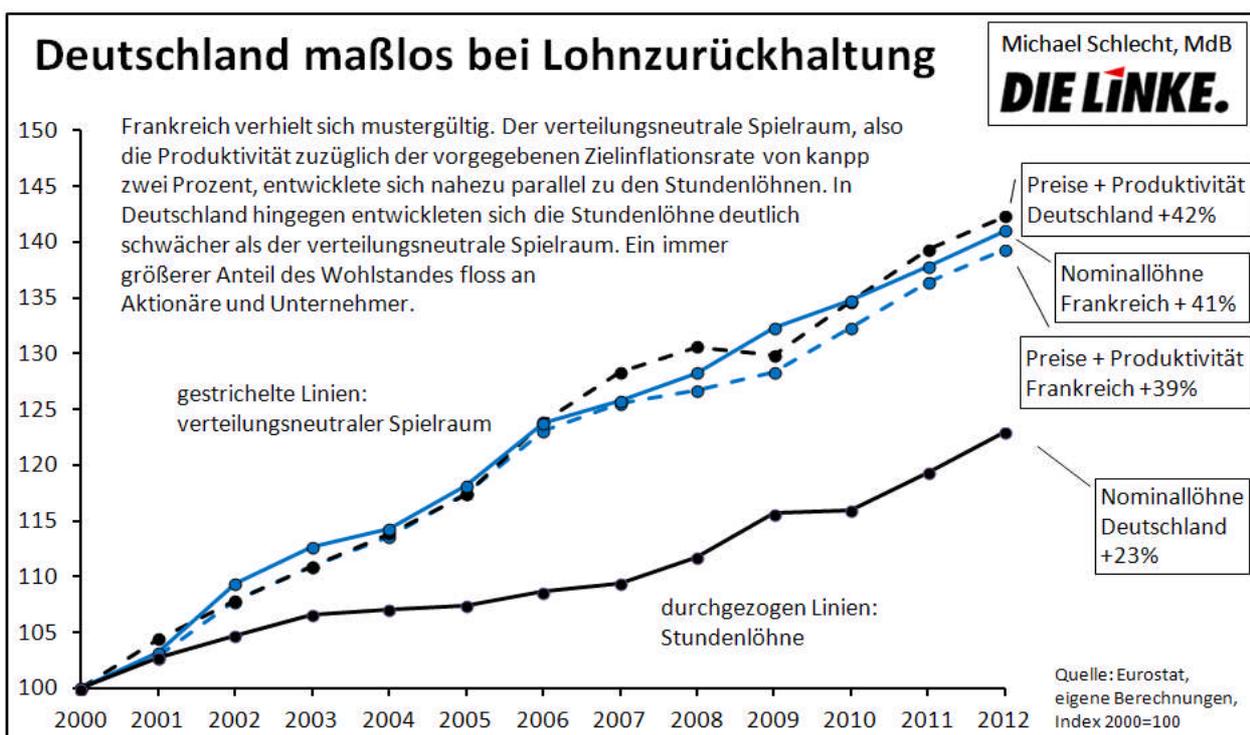
Frankreich hat sich bisher dem Modell des deutschen Lohndumpingmodells verweigert. Die französischen Löhne stiegen in den letzten drei Jahren weiter maßvoll.

Frankreichs Wettbewerbsfähigkeit

Wieso ist Frankreichs Wettbewerbsfähigkeit durch seine maßvolle Lohnentwicklung unter die Räder gekommen?

Wettbewerbsfähigkeit von Ländern

Unternehmen verschwinden vom Markt, wenn sie nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Bei Ländern ist das nicht so einfach. Allerdings kann die Produktion verschwinden, die in einem Land angesiedelt ist. Deshalb wird im Zusammenhang mit der Wettbewerbsfähigkeit bei Ländern auch oft von Produktionsstandorten geredet. Für die Wahl eines Produktionsstandortes spielen viele Faktoren eine Rolle. Die Infrastruktur, also zum Beispiel die Straßen- und Schienenanbindung oder die Qualifizierung der zur Verfügung stehenden Beschäftigten. Von entscheidender Bedeutung ist jedoch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit, also der Vergleich der Herstellungskosten je Produktionseinheit an einem Produktionsstandort. Diese Herstellungskosten werden maßgeblich von den Lohnkosten bestimmt. Eine preisliche Wettbewerbsfähigkeit ist immer nur relativ, ergibt sich also aus dem Vergleich mit den Produktionskosten in anderen Ländern.



Die Erklärung ist simpel: Wettbewerbsfähigkeit ist immer relativ. Frankreich ist in Schwierigkeiten geraten, weil die deutschen Unternehmen ihre Waren durch die massive Lohnzurückhaltung billiger anbieten konnten als die französischen bei einer moderaten Lohnentwicklung.

Die Löhne sind ein zentraler Faktor für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Kapitalkosten, also die Zinshöhe, sind weniger bedeutsam.

Das liegt unter anderem auch daran, dass die Kreditmärkte inzwischen sehr stark internationalisiert sind. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit auf der Basis der Löhne wird durch die

Lohnstückkosten zum Ausdruck gebracht. So kann beispielsweise ausgerechnet werden, welche Lohnsumme an einem Produktionsstandort für die Produktion eines Autos notwendig ist. Für die gesamte Volkswirtschaft können Lohnstückkosten als Verhältnis zwischen gesamter Lohnsumme und dem Gesamtwert der hergestellten Güter und Dienstleistungen ausgedrückt werden.

Die Steigerung der Wirtschaftsleistung war in Frankreich und Deutschland seit der Einführung des Euros gleich hoch. Die auseinanderlaufende Entwicklung bei den Lohnstückkosten



im Ländervergleich muss daher maßgeblich auf das deutsche Lohndumping zurückzuführen sein. Der entstandene Abstand zu Frankreich konnte durch die deutschen Lohnabschlüsse in den letzten zwei Jahren nicht geschlossen werden.

Dagegen haben sich die Lohnstückkosten der Krisenländer Portugal, Spanien und Griechenland in den letzten drei Jahren deutlich verringert. Die relative Wettbewerbsfähigkeitslücke zu Deutschland konnte durch ein teils mörderisches Lohn-, Renten- und Sozialkürzungsdiktat der Troika fast geschlossen werden. Der Preis dafür sind eine exorbitante Massenarbeitslosigkeit und eine verfestigte Dauerrezession in den betroffenen Ländern, die sich auf die gesamte Eurozone ausweitet.

Deutlich wird an dem Verlauf der Lohnstückkosten, dass Frankreich verstärkt durch die deutsche Agenda-Politik von Rot-Grün zwischen 2003 und 2007 unter Druck geriet. In dieser Zeit öffnete sich die Schere zwischen der französischen und deutschen Lohnkostenentwicklung. In den letzten drei Jahren erhöht sich der Druck auf Frankreich durch Merckels Agenda-2020-Diktat für die Eurozone. Denn auf der einen Seite wird die Lücke zu den deutschen Lohnstückkosten nicht kleiner und

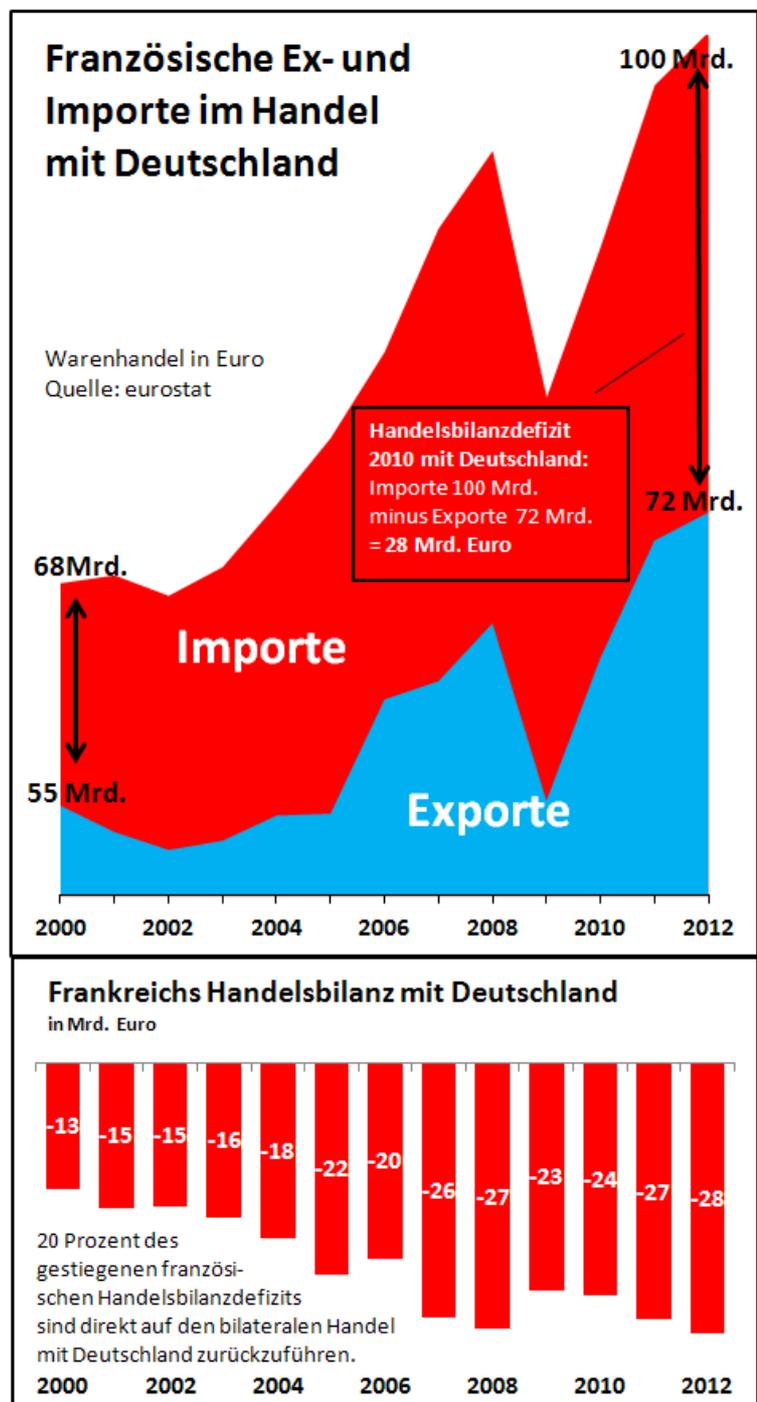
auf der anderen Seite steigt die relative Wettbewerbsfähigkeit der Krisenländer gegenüber Frankreich durch das Lohnkürzungsdiktat der Troika. Verglichen mit dem Niveau bei Einführung des Euros haben diese Länder inzwischen sogar den französischen Anstieg bei den Lohnstückkosten unterboten und sich so auf den „deutschen Weg“ zwingen lassen. Das wiederum erhöht den Druck auf die französische Handelsbilanz. Das Land gerät nun in Gefahr, Handelsanteile an die Krisenländer abzugeben.

Deutsches Lohndumping drückt französische Handelsbilanz ins Minus

Noch im Jahr 2003 waren die französische Warenimporte und Warenexporte so gut wie ausgeglichen. Das Defizit von sechs Milliarden war vernachlässigbar und lag im Verhältnis zur französischen Wirtschaftsleistung im Promillebereich. Mit der Umsetzung der Agenda-Politik in Deutschland und parallel zu der damit verursachten Senkung der deutschen Lohnstückkosten stieg das Defizit der französischen Handelsbilanz stark an und erreichte im Jahr 2008 einen negativen Saldo von 68 Milliarden Euro. Das entsprach einem Saldo von dreieinhalb Prozent der gesamten französischen Wirtschaftsleistung.

Frankreich ist ein international beliebtes Reiseziel und hat damit traditionell eine deutlich positive Dienstleistungsbilanz. Im Jahr 2012 konnte so knapp ein Viertel des Handelsbilanzdefizits ausgeglichen werden. Das bewahrte Frankreich bisher davor, dass sein Leistungsbilanzdefizit im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung noch knapp unter dem Grenzwert von drei Prozent lag, der im sogenannten Verfahren für makroökonomische Ungleichgewichte als kritischer Wert von der EU-Kommission definiert ist.

Die Entwicklung der Handelsbilanz zwischen Deutschland und Frankreich bestätigt die deutsche Verantwortung für die französische Situation. Für Frankreich ist Deutschland mit großem Abstand der wichtigste Handelspartner. Rund 16 Prozent der französischen Wareneinfuhren kamen 2008 aus Deutschland. In umgekehrter Richtung wanderten knapp 15 Prozent aller französischen Exporte nach Deutschland. Der deutsche Handelsüberschuss stieg bis 2003 kaum. Zwischen 2003 und 2008 dagegen erfolgte fast eine Verdopplung. Rund 20 Prozent des gestiegenen französischen Handelsbilanz-



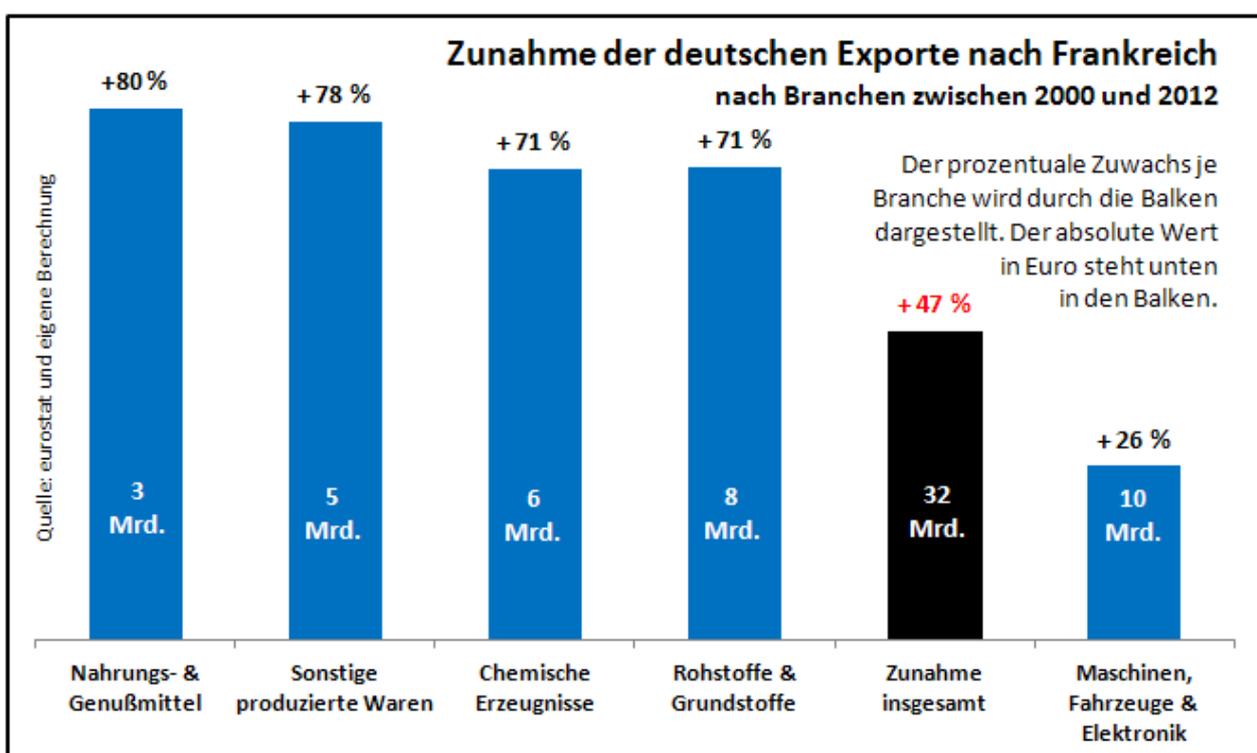
defizits waren in diesem Zeitraum auf den direkten Warenaustausch mit Deutschland zurückzuführen. Heimische französische Produktion wurde durch Importe aus Deutschland verdrängt. Prozentual am stärksten haben zwischen 2000 und 2012 die deutschen Exporte von Nahrungs- und Genussmitteln nach Frankreich zugenommen. Sie stiegen um 80 Prozent und damit drei Mal so stark wie die Exporte des Maschinen-, Fahrzeug- und Elektrosektors. Am stärksten legte die Ausfuhr deutscher Waren zu, deren Herstellung arbeitsintensiv ist und damit am meisten vom Lohndumping profitiert haben. Das gleiche Bild ergab sich bei Griechenland und Italien. Das wurde bereits in meinen Texten „Deutsch-griechische Tragödie“ und „Wird Italien zum Schicksal des Euros?“ beschrieben. Zwar ist der Anteil der Maschinen und Fahrzeuge an den Gesamtexporten nach Frankreich nach wie vor immer noch am höchsten. Aber dieser Anteil nahm durch den rasanten Anstieg der anderen Branchen im betrachteten Zeitraum deutlich ab. Der Anteil dieses klassischen Exportsegments fiel zwischen 2000 und 2012 von 57 auf 49 Prozent.

Die Auswirkungen des deutschen Lohndumpings sind aber nicht nur auf den direkten Warenaustausch mit Frankreich beschränkt. Denn deutsche und französische Unternehmen

konkurrieren auch auf dem weltweiten Exportmarkt miteinander. Die staatlich geförderte einseitige Fixierung auf die Steigerung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit führte auch dazu, dass französische Unternehmen Umsätze auf dem Weltmarkt an deutsche Unternehmen verloren. Aufgrund des hohen deutschen Anteils am globalen Warenhandel ein nicht unbeträchtliches Problem.

Der deutsche Exportextremismus in einem gemeinsamen Währungsraum hat außerdem dafür gesorgt, dass der Euro für französische Verhältnisse gegenüber dem Dollar zu teuer und für deutsche Verhältnisse zu billig war. Für französische Unternehmen machte der zu starke Euro gegenüber dem Dollar ihre Produkte außerhalb des Euroraums zu teuer. Umgekehrt war dadurch der französische Kauf von Waren im Ausland für eine ausgeglichene Handelsbilanz zu billig. Das erhöhte die Importe. Beide Effekte waren Gift für die französische Außenhandelsbilanz.

Kein Wunder, dass unter diesen Bedingungen die deutschen Exporte in den außereuropäischen Dollarraum seit der Einführung des Euros extrem stark und ungebremst angestiegen sind. Sie stiegen zwischen 2000 und 2010 um gut 85 Prozent. Eine eigene deutsche Währung hätte in diesem Zeitraum gegenüber dem Dol-



lar stärker aufgewertet und so die deutschen Waren verteuert.

So gesehen hat Deutschland sogar von den Außenhandelsdefiziten der anderen Länder profitiert. Der Exportvizeweltmeister konnte sich hinter dem Berg an Defiziten der südlichen Länder in der Eurozone verschanzen und aus vollen Rohren ungebremst in die ganze Welt exportieren, ohne dass dies den Euro gegenüber dem Dollar verteuerte. Das wirkte wie eine Subvention für den deutschen Exportsektor.

Diese Situation hat sich zwar in den letzten drei Jahren aufgrund der niedrigeren Handelsbilanzdefizite der Krisenländer etwas relativiert, aber nicht grundsätzlich verändert. Zum einen, weil stattdessen die französischen Defizite anstiegen. Zum anderen sind die Handelsüberschüsse der anderen Länder relativ gesehen immer noch deutlich niedriger als die Deutschlands, womit der beschriebene Wechselkurseffekt in einer gemeinsamen Währung zugunsten Deutschlands grundsätzlich erhalten bleibt.

Die Verbesserung der Leistungsbilanzen der Krisenländer durch ein mörderisches Kürzungsdiktat war für Merkel die einzige Möglichkeit, um den Euro zu erhalten und dabei deutsche Transferzahlungen an die Krisenländer genauso zu vermeiden wie eine Abkehr von der Klassenkampfpolitik von oben à la Agenda 2010 in Deutschland.

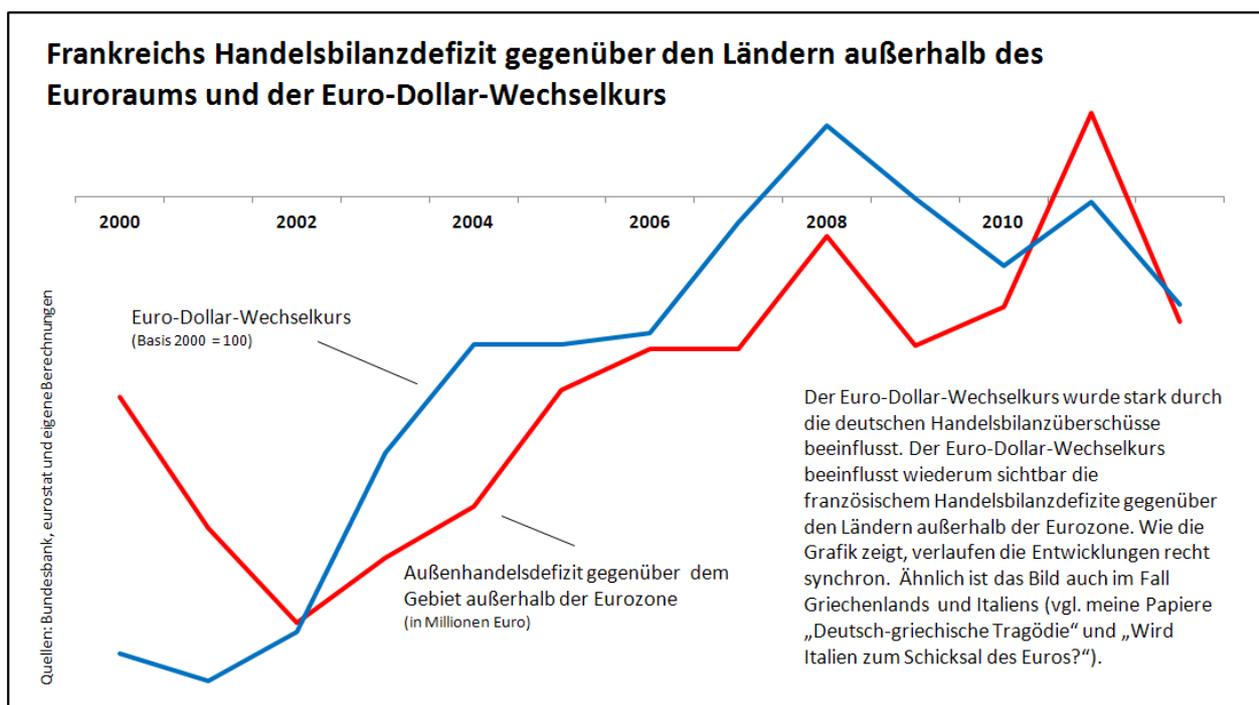
Agenda 2020 für Frankreich oder Aufstand der Südländer

Frankreich wird nie Hilfen aus dem sogenannten Europäischen Rettungsmechanismus ESM bekommen. Erstens würde damit der zweitgrößte Garantiegeber des ESM ausfallen und außerdem würde die zweitgrößte Ökonomie der Eurozone die Kapazitäten des Rettungsmechanismus sprengen. Außerdem erscheint es politisch ausgeschlossen, dass sich Frankreich als stolze Grande Nation jemals offiziell dem Diktat der Troika unterwerfen wird.

Frankreich bleiben daher nur zwei grundsätzliche Antworten auf den von Merkel vorangetriebenen Agenda-2010-Vormarsch in Europa.

*„Die EU-Kommission hat uns nicht zu diktieren, was wir zu machen haben“,
Frankreichs Präsident François Hollande, 30.5.2013.*

Die erste Möglichkeit besteht darin, dass das Land „freiwillig“ das deutsche Exportmodell übernimmt und eine Agenda 2020 im Land umsetzt. Dazu gehören dann Renten- und Lohnkürzungen genauso wie eine Abschaffung oder zumindest Schleifung des flächendeckenden und allgemeinverbindlichen Mindestlohns. Dieses Szenario birgt für die französische Gesellschaft eine enorme Sprengkraft. Es würde zwar die französischen Leistungsbilanzdefizite besei-



tigen, aber die französische Wirtschaft in eine längere Rezession stürzen. Arbeitslosigkeit und soziale Verwerfungen würden zunehmen. Dazu kommt, dass dies in der französischen Öffentlichkeit zu Recht als inoffizielle Kapitulation vor Deutschland wahrgenommen werden würde. Es bleibt deshalb fraglich, ob dieser Kurs überhaupt politisch durchgehalten werden könnte. Für die Bevölkerung der gesamten Eurozone würde ein solches Einknicken Frankreichs endgültig die Zementierung einer verlorenen Zukunft bedeuten. Ein Ausweg aus Massenarbeitslosigkeit und sozialem Rückschritt ist in diesem Szenario für die gesamte Eurozone nicht erkennbar. Ein besseres Leben für die Mehrheit der Bevölkerung würde einem Wettbewerbswahn und einer verschärften Klientelpolitik für die Superreichen geopfert werden. Außerdem würden so die Außenhandelsdefizite den Handelspartnern außerhalb des Euroraumes aufgezwungen werden. Mittelfristig würde durch die Verlagerung der Ungleichgewichte eine globale Krise entstehen. Die zweite Möglichkeit für Frankreich ist, einen Aufstand der Südländer gegen Deutschland anzuführen. Gemeinsam könnten sie Deutschland damit drohen, aus dem Euro auszutreten, um anschließend sofort gemeinsam einen Euro II zu gründen. Die Krisenländer wären damit aus dem alten Währungsgefängnis ausgebrochen. Deutschland würde so mit einem Mal seine Vorteile aus der gemeinsamen Währung verlieren. Das zurückgelassene Währungsgebiet des Euro I würde massiv aufwerten und damit die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der darin liegenden Länder stark verringern. Die deutschen Exporte würden einbrechen und die Importe steigen. Die exorbitanten deutschen Leistungsbilanzüberschüsse würden zusammenschmelzen.

Die Androhung dieser Option hätte ein hohes Drohpotential gegenüber der herrschenden Politik hierzulande. Möglicherweise könnte so die deutsche Politik zu einer sukzessiven Abkehr von ihrer extremen Exportorientierung gebracht werden – also zu höheren Löhnen und damit zu einer Stärkung der Binnen- nachfrage. Auf der anderen Seite birgt dieses

Szenario ein hohes Konfliktpotential gegenüber Deutschland. Außerdem müssten sich die betroffenen Länder auf ein gemeinsames Vorgehen einigen. Bislang scheitert das daran, dass selbst einige Regierungen der Krisenländer den neoliberalen Heilslehren aufsitzen. Hinzu kommt, dass reaktionäre Kräfte, die die jeweiligen nationalen Kapitalinteressen vertreten, Lohn- und Sozialabsenkungen begrüßen. Merkel hat in den Krisenländern auf der Kapitalseite ihre Bündnispartner.

Zunächst müsste sich aber sowieso erst einmal der französische Präsident Hollande für einen solchen offenen Widerstand gegen Merkel entscheiden. Doch vieles spricht dafür, dass François Hollande nicht zu dieser Maßnahme greifen, sondern stattdessen den lavierenden Kurs weiterfahren wird, nämlich ein bisschen Agenda-2020-Reform und ein bisschen Widerstand gegenüber dem deutschen Lohndumpingdiktat. Dies bedeutet jedoch, dass die Eurokrise durch die herrschende Politik in Europa zu Lasten der Bevölkerung weiterschwelgen wird. Von einer Lösung bleibt man weit entfernt.

Weitere Analysen zur Krise in Europa und insbesondere zu den Alternativen der LINKEN sind unter

www.michael-schlecht-mdb.de

u.a. in folgenden Papieren zu finden:

„Merkel gefährdet Europa“ und „Fiskalpakt abwehren – umfairteilen!“

Dort befindet sich auch eine Powerpoint-Präsentation der Grafiken.